von 50 auf 75 M., und um den gleichen Betrag auch alle Renten erhöht werden, — bezüglich der Unfallversicherung, daß die Bestimmung in Fortfall komme, wonach bei einem Jahresverdienst von mehr als 1500 M. die diesen Betrag übersteigende Summe bei der Festsetzung der Renten nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht wird, und daß zur Sicherung sanitärer und hygienischer Vorschriften die Krankenkassen das Recht erhalten, diejenigen Betriebe, welche nicht der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstellt sind, zu kontrollieren. — Von den Vorschlägen, die für den Fall einer Revision der Versicherungsgesetze gemacht werden, sind folgende hervorzuheben. Der Kreis der Versicherten solle dadurch erheblich erweitert werden, daß (entgegen der schon wiederholt ausgesprochenen Meinung der Aerzte), alle Personen hineinbezogen werden, deren Jahreseinkommen aus dem Arbeitsverdienste die Summe von 3000 M. nicht übersteigt, und daß auch selbständige Gewerbetreibende mit gleichem Jahreseinkommen der Versicherungspflicht unterliegen. Zu den Mindestleistungen der Versicherung solle hinzutreten die freie ärztliche Behandlung und Arznei bis zur Dauer von sechs Monaten, ein Sterbegeld im Falle der Erkrankung von Familienangehörigen und eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung versicherungspflichtiger Schwangerer für die Dauer von sechs Wochen. — Chronische Gewerbekrankheiten sollen in Zukunft als Folgen von Betriebsunfällen angesehen werden, und die Altersrenten schon nach vollendetem 65. Lebensjahre beginnen. Zu jeder Invaliden- und Altersrente solle das Reich einen jährlichen Zuschuß von 100 M. gewähren, während die Arbeitgeber und Versicherten laufende Beiträge zu gleichen Teilen zu zahlen hätten. Die bisherigen Quittungskarten sollen durch Sammelkarten ersetzt werden, welche zwischen den Versicherungsanstalten auszutauschen seien. Unter Aufhebung aller jetzt bestehenden für die Versicherung bestimmten Organisationen sollen allgemeine Versicherungsanstalten errichtet werden, welchen bestimmte Bezirke mit nicht weniger als 100 000 Einwohnern unterstehen müßten; diese Anstalten hätten zur Erleichterung des Verkehrs mit den Arbeitgebern und Versicherten in ihren Bezirken örtliche Verwaltungsstellen einzurichten, und sollten auch als Organ für die künftige Witwen- und Waisenfürsorge sowie die künftige Arbeitslosenversicherung dienen. Der Vorstand und die Generalversammlung der Versicherungsanstalt sollen zu einem Drittel mit Vertretern der Arbeitgeber, zu zwei Dritteln mit denen der Versicherten besetzt werden. Das Schiedsgericht für Arbeitsversicherungen solle in der bisherigen Weise bestehen bleiben, doch für die Entscheidung über Krankenunterstützungsansprüche ein abgekürztes, beschleunigtes Verfahren eingeführt werden. Endlich werden Uebergangsbestimmungen vorgeschlagen, zu deren Durchführung das Reichsversicherungsamt in weitem Umfange in Anspruch genommen werden soll.

L. Henius (Berlin).

Soziale Medizin.

Zu der in Aussicht stehenden **Abänderung, bzw. Zusammenlegung der Arbeiterversicherungsgesetze** hat der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich im Auftrage von 168 Ortskrankenkassen mit 2 527 796 Mitgliedern schon jetzt dem Reichskanzler seine Wünsche in einer Petition eingereicht. Die nächst den Kassen am meisten bei den Versicherungsgesetzen interessierten Aerzte haben auf dem Aortztetage in Straßburg eine Kommission beauftragt, auch ihren Wunschzettel auszuarbeiten, welcher hoffentlich mehr Berücksichtigung finden wird, als es leider bisher mit den Wünschen der Aerzte der Fall gewesen ist. — Da voraussichtlich eine durchgreifende Revision der betreffenden Gesetze noch längere Zeit auf sich warten lassen werde, so schlägt der Zentralverband der Ortskrankenkassen eine Anzahl Verbesserungen zu den jetzt gültigen Versicherungsgesetzen vor, deren baldigste Annahme er als besonders dringlich hinstellt. So sollen die Krankenkassen ermächtigt werden, nicht nur nach eingetretener Krankheit ihren Mitgliedern Hilfe zu gewähren, sondern auch für vorbeugende Krankenfürsorge Gelder zu verwenden; um Verluste an Beiträgen zu vermeiden, soll die Anmeldepflicht aller neu in eine Beschäftigung eintretenden Personen besser geregelt werden; ferner sollen Lohnveränderungen, die durch eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit entstehen, nicht angezeigt werden, wohl aber solche, die dauernd bleiben. Endlich sollen die Verpflichtungen, welche bei Unfallverletzungen eintreten, zwischen den Kassen und Berufsgenossenschaften genau abgegrenzt, und die zur Entscheidung etwaiger Streitigkeiten zwischen Kassen und Berufsgenossenschaften zuständigen Behörden zweifelsfrei bestimmt werden. — Bezüglich der Invalidenversicherung wünschen die Kassen, daß der Reichszuschuß